

## Einer der Schärfsten

**In einem Beleidigungsprozeß um Vorwürfe in Sachen NS-Vergangenheit kontert Franz Josef Strauß überraschend: Er präsentiert sich als Widerstandskämpfer.**

Wir schreiben, was wir wollen. Ätsch!!“, hält „Flattermann“, Zeitung der Mönchengladbacher „Falcken“, gelegentlich den Respektspersonen aus Familie, Schule oder Politik entgegen.

Unter den Etablierten, die am Blatt der linken Jugendorganisation Anstoß nehmen, tat sich letztes Jahr

Strauß, 19, nun auch wegen Verunglimpfung seines Namensvetters vor dem Gladbacher Jugendschöffengericht verantworten.

Leidtragender dieses Verfahrens wird jedoch auch der Münchner Strauß sein — wie stets, wenn er gerichtlich gegen Darstellungen seiner Rolle während der Hitler-Zeit vorgeht. Denn unstrittig war er im NS-Studentenbund, und er war auch Mitglied im NS-Kraftfahr-Korps (NSKK), wo, wer aufgenommen werden wollte, als „politisch zuverlässig“ ausgewiesen sein mußte. Von ihm wurde erwartet, daß er immer tiefer „in das nationalsozialistische Gedankengut“ (NSKK-Richtlinien) eindringe.

Schließlich kam auch Straußens Funktion als „Offizier für wehrgeistige



**Wehrmachtsoffizier Strauß**  
„Mund halten, Zeichen setzen“

Kenntnis genommen, doch dafür hat Bayerns Ministerpräsident bei der Zeugenvernehmung eine Erklärung: „Ich habe mich stets nach dem Grundsatz verhalten, daß der gefährliche Gegner nicht der aufgefallene, sondern der nicht aufgedeckte ist.“

Derart bedeckt, rutschte Student Strauß 1937 ins NSKK: Wegen „Äußerungen gegen den Führer und das System“ sei er in „größte Gefahr“ geraten und von einem Professor zu Tarnmanövern gedrängt worden. Der Professor damals, so Strauß heute:

Ich muß Sie allen Ernstes um zwei Dinge bitten. Erstens, daß Sie Ihren Mund halten, und zweitens, daß Sie ein Zeichen setzen, also in irgendeine Organisation eintreten, damit ich irgend etwas für Ihre Rechtfertigung sagen kann.

Im NSKK trug man zwar, räumte der Ministerpräsident im Gericht ein, „gelegentlich eine Uniform mit einer Hakenkreuzbinde, diese Kleidung war vorgeschrieben“. Aber ansonsten nimmt sich die Organisation, in der Strauß Rottenführer wurde, in der Erinnerung mehr als harmloser Haufen aus — „über uns ging der Spitzname: nur Säufer, keine Kämpfer“.

Als Offizier für wehrgeistige Führung ließ Strauß sich ebenfalls den Widerständler nicht anmerken. Wenn der Leutnant Vorträge hielt, „so waren dies geschichtliche Themen“. Und auch einen Schlimmeren an seiner Stelle blockierte Wehrgeist Strauß durch Ausharren: Damit nicht „ein anderer Vorträge hielt“ und „gegenüber der Truppe nationalsozialistische Hetzpropaganda betrieben wurde“.

Überdies hatte der Kommandeur den Leutnant erst am Portepée fassen müssen: „Er sagte mir etwa: Strauß, das machen Sie. Wir wollen nicht jemanden kriegen, der nicht zu uns paßt. Wir wollen keinen Weltanschauungsheini bekommen.“



**Inkrimierte Strauß-Karikatur: Satire der Flattermänner**

die „Katholische Elternschaft Deutschlands“ hervor. Es ging um eine derb-satirische Auseinandersetzung der Flattermänner mit Glaubensfragen (Unterzeile: „Wenn es einen Gott gäbe, müßte man ihn abschaffen!“). Der fromme Bund trug die Sache zum Staatsanwalt.

Die Anklagebehörde in Mönchengladbach ermittelte auch sogleich wegen Religionsbeschimpfung und sogar Volksverhetzung. Und den Staatsanwälten war noch etwas aufgefallen: eine Wahlkampfattacke der linken Jungredakteure auf Strauß, illustriert mit Karikaturen zur Polit-Karriere des Bayern, NS-Zeit eingeschlossen.

Eine Zeichnung wurde inkriminiert. Sie zeigt Strauß als „Nazilehrer mit Naziuniform“, der „mit der ausgestreckten rechten Hand Hitlers ‚Mein Kampf‘ jungen Menschen anpreist“ (Anklage). Die Staatsanwaltschaft schickte das Heft „gemäß unseren Richtlinien“ an Strauß, und der stellte prompt Strafantrag. So muß sich der verantwortliche Redakteur Michael

Führung“ an der Flaksschule in Schongau (eine der Voraussetzungen für diese Aufgabe: „aktivistischer Nationalsozialist“) durch das Gladbacher Verfahren mal wieder ins Gespräch.

Doch es gab in diesem Verfahren auch „Überraschendes“, wie der Rechtsanwalt des jungen Angeklagten erfuhr, als Bayerns Ministerpräsident am Freitag vorletzter Woche in München als Zeuge vernommen wurde. In dreieinhalb Stunden Sitzung mit den aus Mönchengladbach angereisten Prozeßbeteiligten präsentierte sich Franz Josef Strauß als aktiver Hitler-Gegner, Teil eines „geschlossenen Systems des Widerstandes“, das an Schongaus Flaksschule installiert gewesen sei:

Ich war seit dem Winter 1943/44 Mitglied des Kreises 20. Juli, wobei ich bemerke, daß dieser Name dem Kreis später gegeben wurde. Ich war in dieser Eigenschaft über den geplanten Anschlag informiert, ohne über Ort und Zeit Bescheid zu wissen.

Historiker haben zwar bislang von einem Widerständler Strauß noch nicht

Die listigsten Einfälle aber, das System zu unterminieren, hatten die Untergründer von Schongau im direkten Zweikampf. Stramme Nazis brachten sie zur Strecke, indem sie die als schlechte Nazis anschwärzten und so deren Abzug an die Front bewirkten.

Es wurden innerhalb der Heereschule überzeugte Nationalsozialisten von uns bewußt schlecht beurteilt, insbesondere im Bereich ihrer weltanschaulichen Zuverlässigkeit, um solche Offiziere aus der Heereschule loszuwerden.

Zum Beleg, daß dies verschwiegene Aufbegehren an zuständiger Stelle schließlich doch nicht ganz übersehen worden ist, präsentierte Strauß vorletzten Woche den verblüfften Gerichtspersonen ein Papier, das ihm „vor einigen Wochen übergeben worden“ sei — eine hymnische Beurteilung durch die für Strauß' Entnazifizierung zuständige Spruchkammer. Auszug:

(Strauß übte) nicht nur passiven, sondern in hohem Maße aktiven Widerstand gegen NS-Maßnahmen und -Ideologie. Er war einer der schärfsten, überlegensten und erfolgreichsten Gegner des Nationalsozialismus. In Schule, Universität und Dienstzeit hat er für seine Anschauungen leidenschaftlich geworben, seine antinationalsozialistischen Anschauungen unter Gefahr weiterverbreitet, aktiv Widerstand geleistet.

Freilich: Einer der maßgeblichen Entnazifizierer im Bereich Schongau war Landrat Franz Josef Strauß. Und dort, so hat sich später ein Spruchkammervorsitzender beklagt, arbeiteten die beiden öffentlichen Ankläger und der Landrat — alle „Mitglieder der CSU“ — besonders eng zusammen, wenn „CSU-Mitglieder vor der Spruchkammer standen“.

## SCHÜLER

### Irrer Hammer

**Eine Regensburger Schülerin, wegen einer „Stoppt Strauß“-Plakette der Schule verwiesen, hat vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof die bayrische Schulordnung aus den Angeln gehoben.**

Zweimal während ihrer Schulzeit trug die Regensburger Schülerin Christine Schanderl, heute 19, politische Propaganda ins Klassenzimmer.

Beim Übertritt in die höhere Schule pappte sie, damals noch ganz unter dem Einfluß ihres rechtgläubigen Vaters, eines Steuerberaters, auf ihre Schultasche die blaue Bayernraute und den gelben Freistaatlöwen „und drunter dick und fett: CSU“ — kein Lehrer nahm Anstoß.

Anfang letzten Jahres, inzwischen politisch geläutert, trug sie während des Unterrichts eine rote achteckige „Stoppt Strauß“-Plakette auf der Brust. Da wurde sie zuerst zwei Wochen vom Unterricht ausgeschlossen und dann ganz der Schule verwiesen.

Der Direktor des Albertus-Magnus-Gymnasiums, Josef Duschl, hatte sich bei seinen Maßnahmen streng an die einschlägigen Bestimmungen der bayrischen „Allgemeinen Schulordnung“ (ASchO) gehalten. Danach ist „politische Werbung durch Wort, Schrift, Bild und Emblem“ nur „außerhalb des Schulbereichs“ zulässig. Der dort vorgesehene Strafkatalog reicht vom „Verweis“ bis zur „Entlassung“.

Die 98 ASchO-Paragrafen, ein Gemenge aus neuformulierten und alten verstreuten Bestimmungen, wurden 1973 als Ministerialverordnung erlassen.



**Strauß-Gegnerin Schanderl, Plakette**  
„Net alles g'fallen lassen“

Laut Kultusminister Hans Maier sollen sie den Schulbetrieb wie „Verkehrszeichen, Leitplanken und Markierungslinien“ reglementieren, um die „Freiheit aller Beteiligten“ zu sichern und jede „Politisierung der Schule“ zu unterbinden — ein von der Kultusbürokratie selbstgezümmertes Hausrecht für alle bayrischen Schulen.

So stieß Christine Schanderl mit ihrem Anti-Strauß-Wapperl auch in ihrer neuen Schule, dem Albrecht-Altendorfer-Gymnasium in Regensburg, prompt erneut auf Widerstand — ausgerechnet während einer Geschichtsstunde über

die Freiheitsrechte der Bürger. Christine Schanderl: „Ich hab' gedacht, ich schnall' ab.“

Doch inzwischen hatte die Schülerin die Justiz gegen die Ordnungsmaßnahmen angerufen. Das Verwaltungsgericht Regensburg hob auf Kosten des Freistaats auch prompt den Entlassungsbescheid des Albertus-Magnus-Gymnasiums auf, weil „das Recht der Mitschüler, in Ruhe gelassen zu werden, nicht uneingeschränkt Vorrang vor dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung“ habe.

Der Freistaat legte Berufung ein, Direktor Duschl wehrte die Rückkehr der Schülerin ab, und Kultusminister Maier verließ dem Standhaften wenig später den Bayerischen Verdienstorden — wegen der vorzüglichen Ausarbeitung der Lehrpläne für Griechisch. Christine Schanderl: „Theoretisch habe ich recht bekommen, aber praktisch nicht.“

Ähnlich zweischneidig empfand die Schülerin am Mittwoch letzter Woche den Spruch des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, an den sie sich zusammen mit 40 SPD- und FDP-Abgeordneten mit einer Popularklage gewandt hatte.

Die neun Spitzenrichter in ihren blauen Roben hielten zwar die rigorosen Ministerialbestimmungen für verfassungswidrig, setzten sie aber gleichwohl nicht sofort außer Kraft, weil sonst ein „rechtloser Raum“ entstehen könnte. Vielmehr gaben sie dem bayrischen Parlament auf, bis Ende nächsten Jahres über die politische Tätigkeit und das Plakettentragen in Schulen ein ordentliches Gesetz zu erlassen.

Das Ende ist schon abzusehen, denn die CSU hat bereits den Entwurf eines neuen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes vorgelegt, und darin findet sich der ASchO-Paragraf über politische Werbung in der Schule fast wortwörtlich wieder. Christine Schanderl will gegen das geplante Gesetz „erneut eine Klage“ starten, denn „das ist ja ein irrer Hammer, der da auf uns zukommt“.

Daß sie fürs erste wichtige ASchO-Paragrafen zerschlagen hat, zeigte ihr und ihren Freunden, daß „man sich net alles g'fallen lassen muß“. In der Schule kann sie inzwischen fast unbehelligt mit Ansteckern „gegen die Folter in der Türkei“ demonstrieren: „Die sind mir gegenüber etwas vorsichtiger geworden.“ Und durch anonyme Mord- und Gewaltdrohungen („Hat man dir immer noch nicht die Fresse poliert?“) will sie sich von ihrer politischen Aktivität nicht abhalten lassen.

Am Freitag vor Pfingsten etwa will sie sich zusammen mit Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch auf einer Podiumsdiskussion mit den bayrischen Ministern Gerold Tandler und Karl Hillermeier über die Frage streiten: „Quo vadis Bavaria?“